

INLAND

Dienstag, 15. Juni 2010

Flexibleres Modell: Arbeiten bis 65 oder viel weniger Pension

KOSTEN. Höheres Frauenpensionsalter und Solidarbeitrag von Superpensionen verlangt.

WIEN (ett). Männern bringt die steigende Lebenserwartung 109 Tage pro Jahr, Frauen 80 Tage. Es ist allerdings nicht nur der Umstand, dass die Österreicher im Schnitt länger leben, dass der Bund immer höhere Summen zu den Pensionen zuschießen muss. 2008 waren es in Summe bereits 12,2 Milliarden Euro, davon 7,5 Milliarden zur Pensionsversicherung (ASVG, Bauern, Gewerbe) und 4,8 Milliarden Euro für öffentliche Rechtsträger (darunter Beamte). 70 Prozent der Österreicher gehen vor dem gesetzlichen Pensionsalter in den Ruhestand. 35 Arbeitsjahre stehen derzeit schon 48 Jahre ohne Arbeit (Kindheit, Ausbildung, Pension) gegenüber.

Während auf Koalitionsebene Reformbemühungen dahindümpeln, hat der Managementclub aufbauend auf von Sozialforscher Bernd Marin erhobenen Zahlen am Montag mit der Forderung

nach radikalen Änderungen aufgewartet. Kern ist dabei nach dem Vorbild Schwedens die sogenannte „Flexipension“, wie der frühere steirische ÖVP-Landesrat und Managementclub-Präsident Herbert Paierl erläuterte. Es gibt dabei kein gesetzliches Pensionsalter mehr, sondern nur ein „Referenzalter“, 65 Jahre einheitlich für alle. Wer früher geht, muss pro Jahr wesentlich höhere Abschläge (rund 6,3 Prozent pro Jahr statt bisher 4,2 Prozent) in Kauf nehmen. Wer länger als 65 arbeitet, erhält pro Jahr einen höheren Bonus.

Sonderrolle beim Pensionsantritt

Ab 2012 sollte das faktische Pensionsantrittsalter, das derzeit unter 60 Jahren liegt, bis 2020 an das derzeitige gesetzliche Alter von 65 herangeführt werden. „Als einziges Land des Westens haben wir es nicht geschafft, das faktische Pensionsalter anzuheben“, so Marin.

Unmittelbare Konsequenz wäre auch, dass das Frauenpensionsalter (dieses wird im ASVG ab 2024 bis 2033 in Etappen von 60 auf 64 Jahre erhöht, für Beamtinnen liegt es bereits bei 65) viel rascher, nämlich bereits bis 2012, angehoben wird. Erwartete Einsparungen von 560 Millionen Euro pro Jahr könnten für spezielle Maßnahmen für Frauen verwendet werden. Ab 2012 werden alle Berufstätigen auf ein Pensionskonto umgestellt (derzeit gibt es in einer Übergangsphase ein Mischsystem).

Marin macht sich aus Gründen der Gerechtigkeit dafür stark, dass für Sonderpensionen, bei denen der staatliche Zuschuss besonders hoch im Vergleich zu den eingezahlten Beiträgen ist, ein hoher



Im Gegensatz zum Sozialminister macht sich Managementclub-Chef Herbert Paierl Sorgen um den steigenden Bundeszuschuss zu den Pensionen. (Teresa Zöll)

Solidarbeitrag von 15 bis 20 Prozent der Pension abzuliefern ist. Erwartete Einnahmen: 75 bis 100 Millionen Euro.

Experte: „Kein Volksaufstand“

Betroffen wären etwa Altpolitiker, Bedienstete der Nationalbank, aber auch Spitzenbeamte. Der Sozialexperte rechnet dafür mit breiter Zustimmung in der Bevölkerung: „Ich glaube kaum, dass es einen Volksaufstand geben wird.“

Marin verlangt überdies die sofortige Abschaffung der Altersteilzeit, die pro Jahr zwischen 358 und 564 Millionen Euro gekostet hat, aber nur 0,7 Prozent der Erwerbstätigen zugutekommt: „Das ist

eine besondere Vergeudung für die geschützte Werkstätte.“ Für Paierl müssten die Einschnitte mit einer Selbstverpflichtung der Wirtschaft verbunden sein, ältere Arbeitnehmer zu behalten.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) bereitet der steigende Bundeszuschuss noch „kein Kopferbrechen“. Wenn er an die Zukunft denke, habe er „ein bisschen Kopfweg“. Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka (ÖVP) verstärkt den Druck auf Einschnitte bei den Sonderpensionen (Beamte der Länder, ÖBB, Nationalbank). Die Abschaffung der Hacklerfrühpension vor 2013 sei eine Möglichkeit, was Hundstorfer aber ablehnt.

AUF EINEN BLICK

■ Die staatlichen Zuschüsse zu den Pensionen machten 2008 insgesamt 12,2 Milliarden Euro aus (davon rund 7,5 Milliarden für ASVG-Versicherte, Bauern und Gewerbe) und 4,8 Milliarden Euro für den öffentlichen Sektor (Beamte). Ohne Gegenmaßnahmen würde der Zuschussbedarf bis zum Jahr 2014 auf knapp 15,8 Milliarden Euro steigen. Momentan beraten die Sozialpartner vorerst bis zum Herbst über etwaige Änderungen.